

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wochentliche Beilagen: Familien-Sozialtagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. Durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige 40 Pfg., Anzeigenzeile 30 Pfg. Die Anzeigen werden von Anzeigen auf bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbende unbedingt geschrieben oder durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Vollaagegebühr: 10.— M. bei Tauben, ausüßlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Donnerstag, den 12. Januar 1933

35. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Freitag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr kommen im Stadthof Dypin zur Versteigerung:

219 m³ kiefernnes Rollholz,
8 " " Scheitholz,
14 " " Birke und Eiche.

Gemmelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 4. Januar 1933.

Der Magistrat.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die bis Ende Dezember 1932 fällig gewordenen Staats- und Gemeindesteuern nebst Verzugszinsen sind bis 16. d. Mts. an unsere Kämmererkasse zu entrichten.

Eine Befristung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage muß der rückständige Steuerbetrag sofort im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Kemberg, den 9. Januar 1933.

Der Magistrat.

Die Finanzen-Vorbefragung

Der Reichsfinanzminister vor dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 11. Januar.

Graf Schwerin von Krosigk gab im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Leberblick über die Finanzlage des Reiches, der keineswegs einen günstigen Ausblick für das kommende Jahr bedeutete.

Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 160 Millionen RM abgeflohen. In den Jahren 1931 und 1932 waren 420 Millionen RM zur Teilbedeckung dieses Fehlbetrages eingeklagt worden. Das Rechnungsjahr 1933 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1600 Millionen RM abgeflohen.

Diese liegen sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen RM, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1100 Millionen RM im Jahre 1931 420 Millionen RM getilgt worden waren. Zu dem Fehlbetrag des Jahres 1930 treten 1931 hinzu der Fehlbetrag des Extraordinariums in Höhe von 470 Millionen RM und der des Ordinariums in Höhe von 450 Millionen RM.

Der Minister ging dann auf das Etatsjahr 1932 ein. Im ganzen gesehen, wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen RM bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Wir werden zu rechnen haben für das Reich mit 400 Millionen RM Steuerzuschuß, 50 Millionen RM Ausfall bei den Vorkursfällen der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen RM, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen RM entsteht.

Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen RM vorgesehen. Wir kommen also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen RM herunter.

Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen RM, so daß wir insgesamt am Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen RM haben werden.

In den Jahren 1933 bis 1937 wird das Reich durch die Einkommensverpflichtung für Schenkungen mit jährlich 125 bis 200 Millionen RM belastet. In den Jahren 1933 bis 1935 müssen die aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm kommenden Verpflichtungen von insgesamt 340 Millionen RM getilgt werden, was eine jährliche Last von rund 145 Millionen RM ergibt.

Der Minister erklärte schließlich, daß der Etat für 1933 auch jetzt noch nicht völlig zu übersehen sei, weil noch kein Überblick über die Steuererläge vorliegt. Aus diesen Gründen bezeichnet er es als nötig, die Aufstellung des Etats möglichst nahe an den Termin der Verabschiedung des Etats heranzulegen.

Politische Gespräche

Empfang von Papens durch den Reichszanzler.

Berlin, 10. Januar.

Der Reichszanzler empfing Herrn von Papen zu einer Redeprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler am 4. Januar und die daran geknüpften irtüßlichen Pressekommentare. Die Ansprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegenfälligkeiten zwischen dem Reichszanzler und Herrn von Papen.

Am Zusammenhange mit dieser Redeprache wird in

politischen Kreisen behauptet, daß Herr von Papen auch eine Befragung mit dem Reichspräsidenten haben würde. In der Wilhelmstraße ist von einer offiziellen Anmeldung des Herrn von Papen beim Reichspräsidenten nichts bekannt. Das Gericht, daß der Reichszanzler den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in einigen Tagen zu einer Befragung empfangen werde, wird in der Wilhelmstraße mindestens als verfrüht bezeichnet. Eine Annäherung Hitlers beim Reichszanzler liege, so wird erklärt, nicht vor, und der Reichszanzler habe bis zur Stunde den Wunsch nach einer Unterredung mit Hitler auch nicht ausgesprochen.

Wie der „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet, war Herr von Papen am Samstag in Dortmund. Am Bahnhof sei er von Dr. Springorum empfangen worden, in dessen Begleitung er sich in die Wohnung des Generaldirektors Dr. Bostler begeben habe. Dort habe zwischen Reichszanzler a. D. von Papen und den beiden Industriellen eine eingehende Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage und die innenpolitische Situation stattgefunden; von Papen habe auch über die Kölner Unterredung mit Hitler gesprochen. Am Schluß der Unterredung sei Papen gebeten worden, die Wünsche der deutschen Industrie bei seiner Berichterstattung dem Reichszanzler vorzutragen.

Finanzierung des Sofortprogramms

Gesetz vor dem Sozialausschuß.

Berlin, 11. Januar.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung Dr. Gerke erklärte im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, daß die Finanzierung der zunächst vorgesehenen 500 Millionen gesichert sei. Auf Grund der Richtlinien seien schon jetzt mehr Anforderungen bei ihm eingegangen, als überhaupt aus dem Sofortprogramm befriedigt werden könnten.

Es sehe noch nicht feil, ob die Einstellungsprämie aufrechterhalten werden könne, wenn eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch öffentliche Aufträge erfolgt sei. Man habe aber darüber noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt.

Für einen Teil der Gemeinden seien nach seiner Auffassung auch die erleichterten Bedingungen der Durchführungsbefristungen unannehmbar, doch sei für solche Fälle ein besonderes Aufnahmeverfahren vorgesehen, bei dem die Regierung noch leichtere Bedingungen festsetzen könne.

Diese Sondermaßnahmen seien aber nur dann möglich, wenn die Lage einer Einzelgemeinde wirklich hoffnungslos sei. Das betone er ausdrücklich, damit nicht bei manchen Gemeinden eine laze Auffassung entsteht. Als untere Grenze für die Kredite habe die Rentenbankkreditanstalt den Betrag von 5000 Mark festgelegt. Das sei aber nur die Regel; es sei damit nicht ausgeschlossen, daß die Rentenbankkreditanstalt in Ausnahmefällen auch kleinere Summen als Darlehen gewähre.

Bracht über Ostpreußen

„Die Grenzziehung des Versailles Vertrages ein unhaltbarer Zustand.“

Berlin, 9. Januar.

Reichsminister Dr. Bracht hielt eine mit außerordentlichem Beifall aufgenommene Ansprache über die Aufgaben von Reich und Staat gegenüber Ostpreußen.

Diese Ansprache, so führte er aus, bedeutet eine Mahnung an alle deutschen Gauen, Ostpreußen nicht zu vergessen.

Das vom Schicksal des Vaterlandes mit am schwersten betroffenen wurde. Die wirtschaftliche und politische Lage Ostpreußens ist durch seine Abgrenzung vom übrigen Deutschland bedingt. Die Provinz hat ein Recht darauf, immer wieder auf ihre besondere Lage im Reiche hinzuweisen, und gerade in dieser Zeit, in der das ganze Reich unter der schweren Wirtschaftskrise leidet, durch ihre Ansprache ihre besonderen Nöte und Sorgen zum Ausdruck zu bringen.

Ich hoffe, daß diese Ansprache dazu beiträgt, im Reiche das Verständnis dafür zu vertiefen, daß die Wünsche Ostpreußens nicht die Forderung nach einer Sonderbehandlung schlechthin bedeuten, sondern das letzte Ziel aller Ostpreußen immer die Wiedervereinigung ihrer Heimat mit dem Reiche und mit der Gleichstellung Ostpreußens mit allen anderen deutschen Gauen bleiben wird.

Die Aufgaben von Reich und Staat gegenüber Ostpreußen müssen in erster Linie darin liegen, die durch die Trennung vom Reich entstandenen Schwierigkeiten soweit wie möglich zu mildern. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches erdärwert das Rettungswert für Ostpreußen außerordentlich. Wir können nicht aus den Leberbüschen reicher Provinzen den armen Osten unterstützen, sondern jede Hilfe, die Ostpreußen genährt wird, beruht auf Opfer der Gesamtheit der deutschen Steuerzahler.

Diese Hilfsmaßnahmen von Reich und Staat für Ostpreußen sind schon seit sehr Jahren in Angriff genommen worden.

Es gibt wohl keinen Zweig der ostpreußischen Wirtschaft, der nicht von diesen Maßnahmen erfasst worden ist. Darüber hinaus erforderte die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft außerordentliche Hilfsmaßnahmen. Außer den Maßnahmen, die inzwischen zur Rettung der gelamten Landwirtschaft des Ostens notwendig erdärworden sind, ist die

Preußen durch beherrschende Dünge- und Saatgutfreudie, durch steuerliche Entlastung und Frachterleichterung geschaffen worden.

Die Ansprache zeigt, wie groß die Not Ostpreußens trotz aller dieser Maßnahmen ist. Mir liegt aber daran, hier festzuhalten und im ganzen Reich das Verständnis dafür zu wecken, daß die Lage Ostpreußens durch die Grenzziehung des Versailles Vertrages unerträglich ist, und daß alle diese Maßnahmen nur der Leberbüschung eines unzulänglichen Zustandes dienen, niemals aber eine endgültige Lösung bedeuten.

„Ostpreußen zum Segen“

Der Reichspräsident auf der Ostpreußen-Ausstellung.

Berlin, 11. Januar.

Die vom Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen in Berlin veranstaltete Ausstellung „Ostpreußen, was es leidet, was es leistet“ wurde vom Reichspräsidenten am 10. d. Mts. in der Provinz besucht, der nahezu eine Stunde in den Ausstellungsräumen verweilte. Oberregierungsrat Dr. v. Harnack und die anderen Herren vom Vorstand des Reichsverbandes sowie der Landesgruppen der Provinz Ostpreußen, Dr. Bunt, begrüßten den Reichspräsidenten und übernahmen die Führung durch die Ausstellung.

Der Reichspräsident besichtigte die Ausstellung mit dem größten Interesse und äußerte sich sehr anerkennend und befrühdigt über die Ausstellung. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß sie ihre Aufgaben voll erfüllen und der Provinz Ostpreußen zum Segen gereichen werde.

Seid einig und frei!

Aufruf der Rheinländer zum zehnjährigen Gedenktage des Freischützens am Rhein und Ruhr.

Berlin, 9. Januar.

Zehn Jahre sind am zehnten Januar verflohen, seitdem Frankreich unter Rechts- und Friedensbruch in das Ruhrgebiet einfiel. In einmütiger Begeisterung erhob sich das ganze deutsche Volk, um entworfen durch das Versailles Diktat, im passiven Widerstand den gewalttätigen Aufmarsch auf die Reichsgebiete abzumehren. An Rhein und Ruhr verloren Tausende Heimat und Freiheit, opferten hunderte Gesundheit und Leben. Unter der Faust des „Siegers“ schlugen die Parteien- und Konfessionsgegenseitige. Alle Stämme, von der Pfalz bis in die Eifel und ins Warmrevier, von Aachen und von der Nahe bis zur Saar und Mosel, von Aachen bis zu den Haveln und Späen der Ruhr fanden in fideseliger Front zusammen gegen den bedröckelnden Landesverrat der Separatisten, der von den Bajonetten und Säbeln der stärksten Militärmacht der Welt gedeckt wurde.

Der Rhein ist der heilige Strom des deutschen Landes, die Ruhr das Zentrum deutscher Wirtschaftskraft geblieben. Die Heldentat rheinischer und westfälischer Stahnhäftlinge wurde lebendes Vorbild für alle Geschlechter nach den Worten am Kaiserdenkmal zwischen Mosel und Rheina am deutschen Eck:

„Nimmer wird das Reich zerfallen.“

Wenn ihr einig seid und frei!

In Treue und Einigkeit wird das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Dankeschuld abtragen müssen für Leiden und Handeln seiner rheinischen Brüder und Schwestern während der Befreiungskriege, auf daß der Versailles Schmach getilgt wird, die uns die Saar und Eupen-Malmédy entriß, die zwischen der Schweiz und Holland den deutschen Rhein durch Entmilitarisierung entehrt und keine völlige Schutzhäftigkeit zur Hemmung unserer Innen- und Außenpolitik macht.

Deutscher Rhein E. A. geg. Dr. Jarres.

Reichsverband der Rheinländer, Staatssekretär

Doenhoff.

Graf Kaldreuth an Schleicher

Die Stellung des Reichslandbundes zum Reichskabinett.

Der Präsident des Reichslandbundes sprach auf einer großen Kundgebung der ostbrandenburgischen Kreislandbünde über die Stellung des Landbundes zur Reichsregierung.

Die Einweisung des Landbundes zum Kabinett Schleicher wurde ihm, so sagte er, mit der Entschiedenheit über die Handlungserfolge mit Holland, Schweden, Frankreich und Jugoslawien ergehen. Wenn es gelang, sollte die landwirtschaftlichen Interessen, die Freiherr von Braun im Kabinett vertritt, gegenüber dem Reichswirtschaftsminister Professor Wasmuth durchgehen, werde auch die Landwirtschaft zu hoffen beginnen, daß die weiteren Entscheidungen der Regierung zu wirtschaftlichem Gewinn im Sinne eines warmen heimatspolitischen Fühlens werden.

Die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft

Berlin, 10. Januar.

In der vom Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Woche legte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, dar, daß die im Weltwirtschaftsjahr 1931-32 nur 20 Prozent der ostpreu-

Hilfen Betriebe ihre Jinsen und sonstigen Ausgaben aus den Einnahmen hatten bezahlen können. Binnenmarkt und Landwirtschaft müßten die Parole sein. Siedlung und Arbeitsbeschaffung könnten nur ergänzende Maßnahmen sein. Weitergehende Entlastung auf allen Gebieten sei erste Forderung, nicht zum wenigsten auch Senkung der Sozial- und Schulkaffen.

Danziger Deutschtumsbekenntnis

Danzig, 11. Januar.
Aus Anlaß des 13. Jahresfestes der Abtrennung Danzigs vom Reich veranfaßte der Verein für das Deutschtum im Auslande auf dem Danziger Markt in Danzig eine maßvolle Jugendkundgebung. Senator Dr. Strunf, der Vorsitzende des Landesverbandes Danzig, erklärte in dem nationalen Aufruf der deutschen Jugend das Sinnbild einer glücklicheren Zukunft. Raddein ein Vertreter der Danziger Jugend ein Freizeugsbündnis abgelegt hatte, hielt Kultusminister Dr. Winderlich die Festrede.

Nach der Rede des Senators Dr. Winderlich wurde folgende Entschloßung der Jugend verlesen:

„Die deutsche Jugend der freien Stadt Danzig bekennt sich heute am Tage der dreizehnten Wiederkehr des Abtrennungstages Danzigs vom Reich vor dem deutschen Volke und vor aller Welt zu ihrem Deutschtum. Die deutsche Jugend Danzigs wendet sich gegen das Unrecht, durch das diese deutsche Stadt und alle anderen dem Reich gegen den Willen ihrer Bevölkerung entzogenen deutschen Gebiete abgetrennt wurden. Die Jugend der deutschen Stadt Danzig ist entschlossen, den Kampf um die Erneuerung zu halten in dem einzigen Willen: Danzig bleibt deutsch!“

Neue Zunahme der Erwerbslosen

Berlin, 11. Januar.
Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Dezember die Arbeitslosigkeit aus folgendem Ursachen w e i t e r g e s t i g e n, jedoch langsamer als im ersten Berichtsdrittel. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. Insgesamt waren damit am Jahresende 3 773 000 gemeldet.

In der Arbeitslosenversicherung liegt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 94 000 auf 1 281 000. Aus dem Personenkreis der öffentlichen Fürsorge wurden Ende Dezember rund 2 375 000 Arbeitslose nach den Vorschriften der Reichsregierung als Hilfsarbeiterermittelte anerkannt. Am Jahresende waren trotz Benützung der Arbeiten oder milderer Unterbringung noch rund 242 000 junge Deutsche im freiwilligen Arbeitsdienst tätig, d. h. 43 000 weniger als Ende November. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge lag für Ende Dezember noch nicht fest, dürfte aber nahe an 70 000 zu schätzen sein.

Wieder deutsche Militärattaches

Ab 1. April in den wichtigsten Hauptstädten beabsichtigt.

Berlin, 11. Januar.
Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist beabsichtigt, am 1. April d. J. deutsche Militär- und Marineattaches an eine Reihe von deutschen Botschaften und Konsulaten zu entsenden. Militärattaches werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Befandtschaften in Prag und Warschau zugeteilt werden. Marineattaches werden entsandt an die Botschaften in Paris, London und Rom.

Einzelne von diesen werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Attaches unterziehen sich selbstverständlich den einzelnen Mißständen und müssen ihre Berichte im Gegenfall zur Zeit vor dem Kriege, wo sie dem Kabinett des Kaisers direkt berichteten, diesen vor der Zerstreuung vorlegen.

Generalmajor Friedrich von Boetticher soll zum Militärattache in Washington und nach einer Meldung aus London der bisherige Kommandeur des 14. Kavallerieregiments Oberst Freiherr Geyer von Schweppenhausen zum Militärattache in England ernannt werden. Sobald die Verhandlungen mit allen in Betracht kommenden Staaten abgeschlossen sind, wird die Regierung die Liste der deutschen Militär- und Marineattaches bekanntgeben.

Im Zeichen des Aufstiegs

Bielefeld, 10. Januar.

In einer Rede im weitläufig-rippigen Wirtschaftsband über das Jugendnotwend und den freiwilligen Arbeitsdienst zeichnete Reichsarbeitsminister Dr. Brüppel einladend in knappen Strichen die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt, die ausstehende bestimmt werde von der Tatsache, daß im Deutschen Reich sechs Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, die mit Frauen und Kindern zusammen annähernd 1/5 der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Der Minister betonte, daß wichtige Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit nur aus der natürlichen Gesundung der Gesamtwirtschaft kommen könne, und wies darauf hin, daß sich jetzt deutliche Zeichen eines Aufstieges der Deflation mehrien. An diesem Gesamtbild ändere auch das unvermeidliche Annäheren der Arbeitslosigkeit während des Winters nichts. Entscheidend sei nur das Maß des Zuganges. Die beiden Wochen vor dem Jahresende hätten in früheren Jahren sehr große Zunahmen gebracht, 1930 400 000, 1931 320 000 Köpfe. Der Redner erwartete, daß der Anstieg des Jahres 1932 nur etwa die Hälfte dieser Zunahme bringen werde. Man dürfe also hoffen, daß das Jahr 1933 endlich den ersehnten Aufstieg bringen werde.

Volle Gleichberechtigung

Aufruf des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Berlin, 10. Januar.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände veröffentlichte einen von seinem Präsidenten Dr. Schme und von Dr. Draeger unterzeichneten Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Wieder fährt sich jetzt schon zum 3. Male der Tag, an dem das Verfallur Diktat in Kraft trat. Endlich ist jetzt durch das Gesetz Dezember-Abkommen anerkannt worden, daß Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung nicht mehr verlagert werden kann. Die neue Konvention, die Teil V des Verfallur Diktates ergeben soll, muß Deutschland die gleiche Freiheit des Wehrsystems, die gleichen Waffen, die gleiche nationale Sicherheit wie den anderen Völkern geben.“

Wir verlangen die Bewilligung der deutschen Gleichberechtigung und unangenehme Vereinstörungen auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten. Wir bringen aber auch ebenbürtig zum Ausdruck, daß die Lösung bald erfolgen muß, daß ein längerer Verzichtspen nicht mehr möglich ist und nicht mehr gebildet wird, daß der Bruch der Verpflichtung der anderen zur Abrüstung Deutschlands die Handlungsfreiheit wiedergibt.

Deutschland steht im inneren Kampf um Arbeit und Brot, um das nackte Leben seines Volkes. Es kann in seinem inneren und durch die Bestimmungen des Verfallur Vertrages verkümmerten Raum nicht leben.

Europa und die Welt leiden heute nicht nur unter dem Kriege, sie leiden unter den Friedensverträgen, die die Kriegesfolgen nicht beseitigen haben, die vielmehr selbst Wurzel des Unheils geworden sind. Nur durch ihre Revision kann daher Besserung kommen. So ist der Kampf um die Revision der Friedensverträge gleichzeitig ein Kampf um die Neuordnung Europas. Das neue, bessere Europa kann nur durch gleichberechtigte Völker geschaffen werden. In diesem Sinne wird der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände seinen Kampf gegen die Kriegesgültigkeit für die Revision und für die Gleichberechtigung fortsetzen.

Statt Waffenstillstand — Frieden!

Vorbereitung für die Weltwirtschaftskongressen.

Genf, 11. Januar.

Im Vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskongressen wurde die allgemeine Ausdrucksprache fortgesetzt. Der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. Fosse, unterstrich die Feststellung der Sachverständigen, daß die Schuldverhältnisse nur mit Waren bezahlen könnten, und daß die Abhängigkeit der Arbeitslosen entsprechend einrichten müßten. Er betonte die Notwendigkeit, auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete gleichzeitig und möglichst bald vorzugehen.

Die Regierungen müßten durch den Vorbereitenden Ausschuß darauf hingewiesen werden, welche ungeheure Verantwortung sie auf sich laden, wenn die Londoner Weltwirtschaftskongressen kein Ergebnis zeitige. Es sei die Pflicht

der Regierungen, zu einer Verminderung der Weltarbeitslosigkeit zu kommen. Sonst würde ein noch größerer Kampf aller gegen alle entbrennen.

Geheimrat Dr. Bode von der Reichsanstalt beschränkte sich darauf, knapp den deutschen Standpunkt darzulegen, und erklärte, daß aus Deutschland das größte Interesse an einer Rückkehr normaler Verhältnisse habe. Der italienische Sachverständige Prof. Beneduce wandte sich gegen einen übertriebenen Pessimismus. Er erklärte, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht nur eine Folge des Weltkrieges, sondern auch eine Folge der Störungen, die durch Reparationen und internationale Schulden im Weltwirtschaftsverkehr entstanden seien. In Lausanne sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Man müsse hoffen, daß nun der endgültige Friede auf diesem Gebiete eintreten werde.

Parlamentsöffnung in Frankreich

Paris, 11. Januar.

Die französische Kammer wählte in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre Fernand Bouisson mit 401 von insgesamt 452 abgegebenen Stimmen erneut zum Präsidenten. 115 Abgeordnete hatten sich für den Abstimmungs nicht beteiligt.

Politischer Rundblick

Arbeiterführer beim Reichsanstalt.

Reichsanstalt von Scheitler empfing die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften Schmidt, Schüller und Kaiser zur Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage der rheinischen Metallindustrie, insbesondere auch der Metallindustrie des Bergischen Landes. An diese Erörterung schloß sich eine eingehende Aussprache über die wirtschaftliche und politische Gesamtlage an.

Die Neugestaltung Groß-Berlins.

Der Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin über die Umorganisation Groß-Berlins ist vor vier Tagen dem kommissarischen preußischen Innenminister Dr. Bracht zugewendet worden. Die Behauptung einiger Zeitungen, daß der Oberpräsident den Bericht schon vor Wochen überliefert habe, trifft nicht zu. Man kann damit rechnen, daß die Entscheidung Dr. Bracht im nächsten Jahr bis nächsten Sommer fallen wird.

Olympiakommissar für Preußen.

Der Reichskommissar für das Land Preußen, Dr. Bracht, hat den Ministerialrat im preußischen Staatsministerium Dr. Grüßbach zum Kommissar für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin ernannt. Dr. Grüßbach wird in den kommenden Jahren die Aufgabe haben, das preußische Staatsministerium bei allen Verhandlungen mit dem Deutschen Olympischen Ausschuss und dem Deutschen Reichsausschuß für Reibebestimmungen zu vertreten.

Keine schwere Erkrankung des Kaisers.

In Paris und in Berlin waren Gerüchte verbreitet, daß der ehemalige deutsche Kaiser seit einigen Tagen an einer ernsten Halsentzündung leide, und daß sein gesundheitliches Befinden zu Besorgnissen Anlaß geben soll. Dazu wird aus Bonn Bonn erklärt, die Gerüchte entstehren jeder Grundlage. Der Kaiser sei zwar von der leiserenigen Erkrankung noch nicht völlig genesen und müsse sich noch Schonung auferlegen, von einer Verschlimmerung seines Befindens könne aber keineswegs die Rede sein.

Anmachern der Sparanlagen in England.

Nach dem Bericht des nationalen Sparanlassers haben sich in England im abgelaufenen Jahre trotz der wirtschaftlichen Notlage die in Sparbanken deponierten oder in nationalen Spar-Instituten angelegten Gelder um 7 Millionen Pfund Sterling erhöht. Sie betragen jetzt insgesamt 1163 Millionen Pfund Sterling.

Die Japaner südlich der Großen Mauer.

Eine japanische Kavallerieabteilung hat das Südliche Tschin-mantau, das in der Nähe von Schanghaihau auf der östlichen Seite der Großen Mauer liegt, ohne Schwierigkeit besetzt. Die Besetzung dieses Dries, der einen Engpaß beherrscht, wird vom japanischen Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Zhangsuejungs in die Provinz Jehol zu verhindern.

Der Umsturzworschlag in Argentinien.

Das argentinische Innenministerium teilt mit, daß in Verbindung mit dem gescheiterten Umsturzworschlag in der Provinz Corrientes verschiedene Gruppen verurteilt haben, die Telegraphenämter und andere öffentliche Gebäude in mehreren Ortschaften der Provinz Buenos Aires zu besetzen, jedoch durch Polizei an ihrem Vorhaben gescheitert wurden. 25 Teilnehmer werden verhaftet worden. Die Ordnung sei überall wiederhergestellt.

„Das meine frühere Frau von dem unermesslichen Weibereichen sehr erregt war, können Sie sich denken. Herr Major, sie hat sich aber nicht überwalligen lassen, ihre Haltung bewahrt. Und am Abend beabsichtigte ich, verheißene Vermögensfragen mit ihr zu erörtern, doch sie wollte gar nichts davon wissen, obwohl ich gewissermaßen noch ihr Schuldner bin. Und dann hatte ich den vermessenen Wunsch — lachen Sie nicht, Herr Major — sie wieder mit mir zu nehmen.“

Maurus von Amtor machte unwillkürlich eine heftige Bewegung, er fürchtete sich beinahe weiter zu hören, denn von dem nächsten Worten hing das Glück seines Lebens ab, denn das ihm das zum Bewußtsein. Der Wirkte sich wie in trübe Gedanken verloren vor sich hin, als er langsam und leise weiter sprach.

„Aber Thea wollte nichts mehr von mir wissen, sie ist ganz fertig mit mir. Es gibt keine Bräute mehr, die von mir zu je wieder führen könnte.“

Herr Major atmete erleichtert auf; Ewald von Toop atmete nicht darat.

„Aber habe ich noch gesprochen, Herr Major, und Ihnen das Geheimnis meiner kleinen Frau verraten: es lag ihr viel daran, daß Sie nichts davon erfahren. Aber da Thea Sie nun doch verlassen und ich nicht gern als unehrlicher Mensch vor Ihnen stehen wollte.“

„Verzeihen Sie, Herr von Toop,“ schaltete Maurus ein, „es war ja nur ein Gedanke gewesen, der sich mir gewissermaßen ohne meinen Willen aufgedrängt hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Sinnprüche.

Verzich nicht Gott, und du kannst ruher sein, Wo du auch bist, er denkt immer dein.

Glaube nicht alles, was du hörst; Liebe nicht alles, was du siehst; Rede nicht alles, was du weißt.

Was du mir gabst

Roman von Fr. Lehno.

51. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Herr Major, diese Ihre Vermutung trankt mich sehr. Das ist doch ganz ausgeschlossen; es wäre dagegen eine Gemeinheit, und einer solchen halten Sie mich im Ernst doch nicht für fähig.“

„Nein, Herr von Toop, aber wie man so auf allerlet abenteuerliche Gedanken kommt, wenn man einem Rätsel gegenübersteht. Darum habe ich ehrlich gefragt.“

„Ja, gebe zu, Herr Major, ich bin sehr leichtsinnig und nehme es auch nicht sonderlich genau, ich pfleide die Blumen, die mir gefallen. Selbst einem anderen habe ich nie die Geklein genommen, noch weniger aber eine gute Hausgärtlerin. Diese Dinge sind mir Tabu.“

Er lächelte dabei sein lebensmüdes, leichtsinniges Gesicht, das ihm so sehr auf den Lippen gemann.

Der Major streckte ihm freimütig die Hand entgegen.

„Verzeihen Sie, Herr von Toop, meinen sehr frühen Gedankengang, hervorgerufen allerdings durch Fräulein Doras unbegreifliches Wesgehen. Nach Ihrem Gespräch mit ihr merkte ich für eine gewisse Erregung an. Und Sie wissen, wenn ein alter Junggeheule wie ich endlich nach mangelnder Mäßigkeit eine brauchbare Persönlichkeit gefunden hat, daß er dann auch eifrigst über diesen fest so seltenen Schatz wacht. Mir ist's heute noch nicht klar, weshalb Fräulein Dora eigentlich fort ist. Ich habe viereigen sehr ungemütliche Lage hinter mir, sie fehlt mir in allen Ecken und Enden. Und wenn ich denke, daß die ungemütlichkeit nun so weitergehen soll — s ist zum Verzweifeln. Wäre es nicht, würde ich in den nächsten Tagen an eine Zeit verzeihen.“

Erwartungslos sah er den Architekten an — er wollte Antwort.

Christ bogenegeter der seinen Blick; es lag ihm ja an der guten Meinung des Majors.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 11. Januar 1933.

Zwei Welten

Der große Gegensatz zwischen Jugend und Alter war immer vorhanden, die junge Generation liebt Sturm gegen die Vorväter, die alte, wie es ganz natürlich und durchaus verständlich ist. Die Alten, denen es auf Grund ihrer Erfahrung möglich war, die Spreu von dem Weizen zu scheiden, hielten an dem, was sie als gut erkannt hatten. Die Jungen, die nicht wußten, was das Weizenkörnchen neben dem Unkraut war, wollten alles auf einmal umwerfen. Die Alten, denen es auf Grund ihrer Erfahrung möglich war, die Spreu von dem Weizen zu scheiden, hielten an dem, was sie als gut erkannt hatten. Die Jungen, die nicht wußten, was das Weizenkörnchen neben dem Unkraut war, wollten alles auf einmal umwerfen. Die Alten, denen es auf Grund ihrer Erfahrung möglich war, die Spreu von dem Weizen zu scheiden, hielten an dem, was sie als gut erkannt hatten. Die Jungen, die nicht wußten, was das Weizenkörnchen neben dem Unkraut war, wollten alles auf einmal umwerfen.

— Eine Mahnung an Wanderer und Naturfreunde. Männliches und weibliches Hochwild, auch Rehwild, ist gegen Schlingen empfindlich. Es meidet die Orte, an denen es häufiger von Menschen überfahren oder angegriffen wird. Sehr bald wird beunruhigt und wechselt seinen Standort. Während es sich an Führer, Autos, plaudernde und singende Wanderer gewöhnt und sie als ungefährlich erkannt hat. Wanderer, Naturfreunde, weicht nicht von den freigegebenen Wegen ab, halbiert die Menschenmenge und das Wild die Wildwechsel, kreuzt sie nicht. Bleibt beim Anblick von Wild nicht stehen, geht langsam aber beobachtend, wenn möglich laut sprechend, weiter. Das Wild wird verunsichert und dankt es euch damit, daß es auch bei hellem Tage die schlingende Dichtung verläßt und euch durch ihr Erscheinen erfreut.

Personenförderung und Raucherloft.

Um die Reisenden vor Schäden zu bewahren, wird darauf hingewiesen, daß in den Nichtraucher- und Frauenabteilen, in den Triebwagen ohne Raucherabteil sowie in den Gängen, in denen durch Anschlag das Rauchen verboten ist, bei allen der Personenförderung dienenden Dingen auch mit Zustimmung der Mitreisenden nicht geraucht werden darf. Das Rauchen in den Abteilen und auf den Plattformen der mit „Nichtraucher“ beschrifteten Wagen ist nicht gestattet.

Die Zugbegleitpersonal sind angewiesen, bei Verköpfen ohne vorherige Warnung einzuschreiten und die Verköpfung zu erheben, die vom Schaffner sofort eingezogen wird. In ersteren Fällen, z. B. wenn ein Reisender trotz des Hinweises und trotz Zahlung der Buße in dem Abteil weitertraucht, tritt Strafverfolgung wegen bahnpflichtiger Uebertretung ein.

* Am Freitag abend 8 Uhr findet in der Kirche eine **Missionsstunde** statt, in der Herr Langbein über die deutsche Missionsarbeit auf der Goldküste predigen wird. Allen Missionsfreunden sei der Besuch sehr empfohlen.

* Am Mittwoch, den 18. Januar, veranstalten die Vaterländischen Verbände im Schützenhaus die **Reichsgründungsfeste**, zu der freundlicherweise der Kantorei-Männer-Gesang-Verein und der Männer-Turn-Verein ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Feste wird von Herr Langbein gehalten. Eine kleine Theater-Vorführung sowie Konzert durch die Hinkertische Kapelle werden das Programm vervollständigen. Wie wir hören, wird der Reinertrag des Abends für wohlthätige Zwecke verwendet werden.

* **Landwirtschaftlicher Verein.** Wie alljährlich feiert der Verein auch in diesem Jahre wieder im Hotel Blauer Koch am 14. Januar sein Stiftungsfest, das 39 seit des Bestehens, mit einem Konzert, Theater und Ball-Abend. Es wird auch in diesem Jahre wieder die alte Angehörigenliste ausgeben und alle Mitglieder zu einigen frohen und geselligen Stunden vereinigen.

* **Krankenversicherungspflicht für Lehrlinge.** Es besteht in Arbeiterkreisen noch vielfach die Ansicht, dass Lehrlinge erst nach Ablauf der Probezeit bei der Krankenkasse anzumelden sind. Es wird daher darauf hingewiesen, daß Lehrlinge bereits vom ersten Tage des Beschäftigungsverhältnisses, also auch während der Dauer der Probezeit, der Krankenversicherungspflicht unterliegen und deshalb die Anmeldung bei der Krankenkasse innerhalb der vorgeschriebenen Meldefrist von 3 Tagen — nicht erst nach Ablauf der Probezeit — zu erfolgen hat. Sollte der Lehrling während der Probezeit wieder zur Entlassung kommen, so besteht immer noch die Möglichkeit, ihn jederzeit bei der Krankenkasse abzumelden.

* **Was kann ich bei meiner Einkommensteuererklärung als Werbungskosten und Sonderleistungen abziehen?** Zahlen Sie nicht zu viel Steuern, weil Sie nicht wissen, was Sie alles abziehen können? Darüber müssen Sie sich genau informieren. Einen vollständigen Überblick darüber gibt Ihnen das Anfang Januar 1933 erscheinende Sonderheft der Wirtschaftlichen Kurzbrieve über die abzugsfähigen Ausgaben. Aber auch über alle anderen Rechts- und Steuerfragen, die die W.K. schnell und zuverlässig Auskunft. Sachferner, Spezialisten ihres Faches, sind es, die die W.K. zusammenstellen. Die vielen signalisierenden zureichenden Antworten sind wohl der beste Beweis für den hohen Wert der Zeitschrift. Probenummern stehen Ihnen unter Bezugnahme auf diese Zeitung kostenlos zur Verfügung beim Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9.

* Auch im neuen Jahr wird es der Hausfrau vornehmliche Sorge sein, den Heringen selbst bei einfacher Kücheneinrichtung stets ein sättigendes und schmackhaftes Essen zuzubereiten. Hierbei unterstützen die Hausfrau in aller Eile die ererbten Maggi-Erzeugnisse. Maggi's Würstchen, Suppen, Soßen, Gemüsen, Salaten, Fisch- und Fleischbrühen schon durch ganz wenige Tropfen Wohlgeschmack mit Maggi's Suppenwürstchen (mehr als 30 verschiedene Sorten) bereitet man schnell kräftige und beförmliche Suppen. Maggi's Fleischbrühen geben ohne Mühe feinste Fleischbrühe zu Koch- und Eintopfweisen. Wer Maggi's Produkte verwendet, spart und lacht doch gut.

Bresch, 9. Jan. Das Führerlager des freiwilligen Arbeitsdienstes in Bresch ist am Donnerstag feierlich eingeweiht worden. Sechzig junge Leute mit zwei Führern haben damit zu einem ersten lebenswichtigen Führerlehrgang einen Fühler unteres Alter, ermunterndes Schloß bezogen. Nur wenige Städte in Mitteldeutschland können sich rühmen, ein solches Führerlager zu beherbergen. Von weit und breit, aus allen Bevölkerungsschichten und Berufen sind junge Leute zusammenströmt; ausgesuchte Leute sind es, die sich zum Führer ihres Lagers eignen und hier ihre Ausbildung erlangen. In schneider selbsterer Uniform geben sie unserer Stadt ein freundliches, lebensvolles Bild. Träger der Arbeit ist der Präsident des Landesarbeitsamtes in Erfurt, Träger des Dienstes Landrat und Kreisaußschuß Ruitenberg. In großen hellen Sälen des alten Schlosses sind die jungen Leute untergebracht. Ihr Dienst besteht in praktischer Arbeit, sportlicher und geistiger Erichtigung durch ausgebildete Führer, damit sie nach sechs Wochen in der Lage sind, ihrerseits einem geschlossenen Lager des F.A.D. vorstehen zu können. Zum ersten Male erlangen abends 10 Uhr die den alten Soldaten so vertrauten Klänge des Zapfenmarsches vom alten Schlosse auf die sich zum Schlarfe rührende Stadt herab.

497321 Arbeitsjüngende in Mitteldeutschland

Beinache 42 Prozent Wobfabrikantenunterstützung / Die Entlassung der Ausstillkräfte. Die jahreszeitliche Verflechtung des mitteldeutschen Arbeitsmarktes hat sich, wie der Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland mittelt, in der zweiten Dezemberhälfte in beschränktem Maße fortgesetzt. Während die Aufnahme der Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 1. November bis 15. November 1932 19087 Personen = 3,0 Proz. (Vorj. 4,8 Proz.), vom 16. bis 30. November 1931/32 Personen = 3,1 Proz. (Vorj. 6,8 Proz.) und vom 1. bis 15. Dezember 1932 25 655 Personen = 3,6 Proz. (Vorj. 7,2 Proz.) betrug.

Während die Zahl der Arbeitsjüngende Mitte bis Ende Dezember von 483 194 (davon 75 056 weibl. = 15,5 Proz.) auf 497 321 (davon 76 602 weibl. = 15,4 Proz.) Personen anstieg.

Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren bei den Arbeitsämtern 519 816 (davon 81 915 weibl. = 15,7 Proz.) Personen vorgemerkt. Der Anteil der weiblichen Personen an der Gesamtzahl der Arbeitsjüngende war am 31. Dezember 1931 mit 18,7 Proz. wesentlich höher als am 31. Dezember 1932 (15,4 Prozent).

Die Wohnsituation hatte nur vereinzelt lebendigen Einfluss auf den Arbeitsmarkt und war in diesem Jahre auch vielfach durch längere Zeit vor dem Wohnnachfrage stand; damit hat sich die Ausstillkräfte, die vorübergehend eingestellt worden waren, zu Entlassungen gekommen, sondern darüber hinaus auch zahlreiche Stammkräfte, da für sie in der nun folgenden stillen Geschäftszeit keine Beschäftigungsmöglichkeit besteht. Der Hauptstrom an Arbeitsjüngenden kam aus dem Holz- und Schiffsbau, der Industrie der Steine und Erden, dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, dem Bekleidungs- und Verlegetgewerbe und der Metallindustrie. Von Holz- und Schiffsbauindustrie gaben vor allem die Sägewerke und die Möbelfabrikanten Arbeitskräfte frei, während die Industrie der Steine und Erden hauptsächlich Entlassungen von Steinarbeitern und von Arbeitskräften der Bergbauindustrie vornahm. Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe stießen das Bekleidungs- und Verlegetgewerbe wieder ab, während der Arbeitsmarkt des Bekleidungs- und Verlegetgewerbes durch Entlassungen der Reichsbahn und der Dienstleistungsbranche eine weitere Belastung erfuhr. Der Geschäftsgang der Textilindustrie war unebenmäßig; ein Teil der Betriebe war sehr hoch beschäftigt und legte z. T. Doppelarbeit. Aufrechterhaltung gab dagegen Arbeitskräfte frei. Aufrechterhaltung gab dagegen Arbeitskräfte frei.

Von den 497 321 Arbeitsjüngenden waren 189 333 arbeitslos, hieron erzielten 65 589 = 13,4 Proz. (11,5 Proz. am 15. 12. 1932) bei 1,6-maliger Arbeitslosenunterstützung, 98 511 = 20,1 Proz. (18,9 Proz.) Arbeitslosenunterstützung und 209 033 = 11,3 Proz. Wobfabrikantenunterstützung.

Der kommissarische Kultusminister besuchte Halle. Halle, Reichsstatthalter Dr. Röhler traf zu privatem Besuch hier ein. Bei dieser Gelegenheit stattete er auch der Pädagogischen Akademie, wo er an einigen Vorlesungen und Übungen teilnahm, einen Besuch ab. Weiter hatte er in der Unterstadt eine kurze Besprechung mit dem Dogaten.

Deutschnationale gegen Einheitspreispläne. Halle. Gegen die geplante Errichtung eines Einheitspreisplandes in Halle protestiert die gesamte hallische Volkspartei. Sie wird durch den Reichsnationalen Volksrat Halle-Saalfreis unterstützt, die sich gegen die Reichsstaatsrat von der Bitte gewandt hat, die Interessen der hallischen Geschäftswelt wahrzunehmen.

Um die Gründung des Gläubigerschutzverbandes. Halle. Der Kaufmännische Verein hat zu einer Sitzung in der Industrie- und Handelskammer von Halle am kommenden Freitag eingeladen. In ihr soll die Gründung des Mitteldeutschen Gläubigerschutzverbandes endgültig beschlossen werden, der schon in der letzten Sitzung prinzipiell zugestimmt wurde.

Den Hof des Vaters angeht / Selbstmord des Vaters. Delitzsch. In Spöda hatte der Landwirt Johann Paul Hermann aus Mergel über Familienstreitigkeiten in dem Hof seines Vaters Feuer angelegt. Hermann, der selbst bei Feuertode angetroffen wurde, hatte, um ein schnelles Verdict zu machen, seinen Nachbarn während

des Feuertodes ausgeführt. Nachher fand man den Brandstifter auf der Bahnhofsstraße in Delitzsch, wo er sich von einem Zuge hatte überfahren lassen, tot auf.

Fei. Durch Gas vergiftet wurde in der Weidischen Straße ein zur Unterwelt wohnender junger Mann. Unbekanntes Gift. Aus einem Briefe geht hervor, daß er aus Uebereiferkeit in den Gasboden suchen wollte. Es gelang durch Wiederbelebungsbemühungen, ihn am Leben zu erhalten.

Regierungsbezirk Erfurt bleibt bestehen

Erfurt. Verbleibend war in Zeitungen die Meldung aufgetaucht, man erwäge in Mitteldeutschen Kreisen eine Auflösung des Regierungsbezirks Erfurt und die Bildung eines neuen Regierungsbezirks Nordthuringen. Von amtlicher preussischer Seite wird hierzu erklärt, man habe sich mit dieser Frage noch nicht im geringsten befaßt. Eine Veränderung in der Gestaltung der preussischen Regierungsbezirke sei für die nächste Zeit nicht vorgesehen. In Mitteldeutschland könnten die Verhältnisse überhaupt erst dann neu geordnet werden, wenn die Frage der Reichsreform aufs Tapet komme.

Schnelltriebwagen-Verkehr Kassel-Halle-Soltau

Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsbahn, den auf der Berlin-Samburger Strecke erprobten Schnelltriebwagen ebenfalls auf der Strecke Halle-Soltau einzuführen, die mit rund 380 Kilometer die kürzeste Verbindung zwischen Westdeutschland und der Niederlausitz darstellt. Das würde einen Zeitgewinn von drei bis vier Stunden in beiden Richtungen bedeuten. Da bei den enormen Geschwindigkeit des neuen Verkehrsmitteles bis zu 150 Stundenkilometer — außerordentlich erhöhte Ansprüche an Gleisbauart und Signaltechnik gestellt werden, müssen noch umfangreiche Vorbereitungen für den Fall einer Verwirklichung des Planes nötig werden.

13. Jahresversammlung der Elektrizitätsabnehmer.

Halle. Unter Vorsitz von Oberbürgermeister Gothe aus Verburg wurde hier die 13. Jahresversammlung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der R.V. (Reichsverband der Elektrizitätsabnehmer) abgehalten. Aus dem Jahresbericht, den der Diplomingenieur Volhard erstattete, geht hervor, daß die zu Beginn vorigen Jahres von der Reichsregierung eingeleitete Preisregulierung sich für die Stromabnehmer in der Provinz Sachsen und Anhalt fast gar nicht angedeutet hat. Eine einheitliche nationale Zusammenarbeit zwischen Staat und Landesvereinigungen ist trotz aller Bemühungen nicht zu erzielen gewesen. In einer öffentlichen Sitzung beauftragte sich Diplomingenieur Volhard weiter mit der fürstlich von Dr. Canacke herausgegebenen Schrift „Die Elektrizitätswirtschaft im Dritten Reich“. Der Redner betonte, daß es kein politischer Vortrag sein sollte und stellte am Schluß für die Stromabnehmer die Forderung auf, daß jedes Mitglied der Vereinigung, um die Erleichterung von Wasserkräften im Sinne Canackes mit zinslosem Gelde als ein durchaus gangbarer Weg, da hier Werte geschaffen werden, die dauernd Nutzen bringen. In der anschließenden Sitzung wurde über die Vorläufige Canackes zum Teil durchgehend beauftragt und anerkannt, daß die Durchführung jedoch große finanzielle Hindernisse entgegenstehen.

Heim Gewerkschaften den Vater erschößen.

Selle. Der von der Tag heimgeleitete Silberw. Fröhlich hat ein gewisses Maß an Erfolg bei der Jagd auf den Reichsbahn. Als der Junge sich an die Jagd machte, löste sich ein Schrotzug und drang dem Vater in die Brust. Nach Ueberführung in die Klinik verstarb er an den schweren Verletzungen.

Auch Stehlen will gelernt sein!

Merzbürg. In einem hiesigen Lokal wurde ein minderwertiger Ueberzieher gegen einen bedeutend besseren Mantel übersehen. Nur hatte der unvorsichtige Mantelbesitzer übersehen, daß er eine Verlobung zum Gericht mit genauer Personalausgabe in seinem alten Ueberzieher finden lassen hatte.

Mittler Schaden durch Brandstiftungen.

Großten. Der durch die Großfeuer der letzten 14 Tage in hiesigen Gewerbe angegriffene Brandstiftungen wird auf rund 400 000 Mark geschätzt. Neben einer Anzahl von Gebäuden fielen den Flammen vor allem einige große Getreidemagazine, Vieh und Maschinen zum Opfer. In jedem Falle Brandstiftung, an dem es trotz effizienter Bemühungen der Polizei bisher nicht gelungen, die Brandstifter zu ermitteln.

Saubad (Kr. Garsberg). Ein folgenschweres Unglück kamte hier durch rechtzeitiges Eingreifen der Brandharn vermieden werden. Vier unachtsamlich im verschlossenen Zimmer zurückgelassene Kinder hatten ein Sandbad entzündet und in eine Gär geföhrt. Ein Christbaum stand oben in Flammen. Inhaftierte Kinder zu rufen, verließen sich die Kinder in dem zugeschlossenen Raum. Im letzten Augenblick wurden Tagharn auf der starken Wandgeruch aufmerksam, drangen gewaltam in das Zimmer und löschten den Brand.

Verkehrsunfall auf der Kleinbahnstraße.

Großten (Kr. Neustadt). Auf der Landstraße zwischen Großten und Neustadt ereignete sich am Montag nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Triebwagen. Der Unfall fuhr auf den herantommenden Zug auf und wurde eine Strecke weit mitgerissen, wobei es fast vollständig in Trümmer ging. Die Insassen, ein Herr und eine Dame aus Schmiedel, wurden auf der Bahndamm gelehrt. Der Herr erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Schlüsselbeins, während die Dame mit leichten Verletzungen davonkam.

Arbeits- und Selbstmord einer Wäiter.

Gorden (Kr. Hildesheim). Mit dem Dienstreiber ihres Mannes erlitt die Frau des Staatsanwaltes Herzberg ihre achtjährige Tochter und dann ihr selbst. Grund zur Tat dürfte in konstitutionellen Auseinandersetzungen der Eheleute zu finden sein.

Der Fortschritt ist auch zahlen.

Herzog (Erfurt). Fortschritt wurde eine Untergemeinschaft der Erfurter Gewerkschaften, die „Neugruben-Gewerkschaft“, gegründet, gegen die sich aber verschiedene Gemeinden aus dem Kreise Gemeinlich angesprochen haben. Man befürchtet durch die Neugründung eine Benachteiligung der Gemeinden gegenüber

dem Fortschritt, der fast der alleinige Antiege des Neugrabens ist. Die Gemeinde Behren im Kreis Sargau hat im Verwaltungsstreitverfahren in erster Instanz bereits erreicht, daß der Fiskus auf Grund des Kommunalabgabengesetzes zur Beitragsleistung herangezogen werden soll. Gegen diesen Spruch hat der Fiskus Einspruch erhoben. Die Entscheidung, der man grundsätzliche Bedeutung beimißt, liegt nun beim Bezirksausschuß in Merseburg.

Pretin (Kr. Sargau). Nicht einen Wohlfahrtsverein erblosien hat die Stadt Pretin zu unterstützen, da die letzten von ihnen beim Holzfällen in der „Neuen Felde“ Beschäftigung gefunden haben. Günstige Stadt!

Delitzsch. Der Leipziger Verlegetungsplan fand in Verammlungen in Mühlhena und Sporna keine Interessenten, da die vor allem in Frage kommenden Verleger wegen ihrer hohen Lage nicht beteiligt werden können.

Schüler bilden eine Diebesbande.

Merseburg. Umfangreiche Diebereien einer Bande von zwölf Schülern konnten hier aufgeklärt werden. Die 12- und 13-jährigen Burschen stahlen hauptsächlich Zigarren, Zigaretten und Schokolade, aber auch Bücher und Zeitungen.

Dardesheim (Kr. Halberstadt). Einem tragischen Unglücksfall fiel die 17-jährige Tochter der Witwe Hohmann zum Opfer. Der zehnjährige Bruder des Mädchens spielte mit einem Schling, als plötzlich ein Schuß losging. Die Kugel traf das Mädchen so unglücklich ins Herz, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Im Neben-

zimmer lag zur gleichen Zeit der Großvater der Angehobenen, der 74-jährige Zimmermann Meinke, auf dem Salenduhre. Der Unglücksfall mit seinen Begleitumständen ist um so tragischer, als erst vor etwa Jahresfrist der Vater der beiden Kinder nach längerer Krankheit gestorben war.

Massenkündigung der Heilmühle. Die Mieter protestieren in Grob-Hierleben. Die Mitteldeutsche Heilmühle hat in ihrer Siedlung Halberstädter Straße etwa 40 Mietern gekündigt, die mit der Miete stark im Rückstand waren. Diese protestieren in einer Versammlung gegen die Kündigungen. Es sei für sie, die meist arbeitslos sind, trotz des Mietrückstandes bei den niedrigen Unterhaltungsarbeiten unmöglich, das Wohnungsgeld anzubringen. Man will jetzt bei der Heilmühle wegen einer Senkung der Miete und wegen Zurücknahme der Kündigungen vorstellig werden.

Havarie eines Obstahns.

Nohlan. Der 500 Tonnen große Motorkahn eines Rogauer Schiffers lief an einer Baustelle auf Stein oder Holz auf und wurde led. Da das Wasser im Schiffsraum schnell füllte, wurde während der ganzen Nacht fieberhaft gearbeitet, um wenigstens einen Teil der Ladung zu retten.

Goslar (Harz). Wegen Betruges und Vergehens gegen das Vermögen hat die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Verhaftungen. Er war praktizierender Arzt Dr. Raabe eingekerkert. Er war durch ein Unglück zum Morphiumfiaker geworden und hatte, da seine Lebenshaltung ungeheure Summen kostete, Schulden in Höhe von 65 000 Mark gemacht.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpostkasse zu Rembeurg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 31. Dezember 1932 hat sich die gesamte Kapitalanlage des Bank um 325,3 Mill. RM auf 3 379,7 Mill. RM erhöht. Der Laufzeit an Reichsbanknoten stieg um 189,2 Mill. RM auf 8 560,5 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug 25,8 % gegenüber 27,2 % am Ende der Vorperiode.

Bei einem Rückfall auf die allgemeine Wirtschaftslage im Jahre 1932 sind — trotz der hohen Arbeitslosigkeit und der immer noch unzufriedenenden Produktions- und Absatzverhältnisse — gewisse Anläufe zur Besserung doch unverkennbar. Besonders erfreulich ist die seit einigen Monaten anhaltende Aufwärtsbewegung bei den Exporten; in den vorläufigen Monaten hatten sie auch im November wieder Erholungsüberschüsse zu verzeichnen. Die Gesamteinlagen bezifferten sich auf über 11 200 Mill. RM. — Auch die Einrückung der Zulassungsziffern, die gegen 1931 um 30 % gesunken sind, verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung.

Im Reich wurden im Dezember 1932 durch den Reichsausschuß 521 neue Konten und 280 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben gegen 449 bzw. 267 im Vormonat.

Die auf den Stichtag des 28. Dezember 1932 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes betrug 91,6 gegen 92,4 in der Vorperiode. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungslosten ist im Durchschnitt des Monats Dezember von 118,8 auf 118,4 zurückgegangen.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr Missionsstunde in der Kirche. (Deutsche Missionsarbeit auf der Goldküste). Pfarrer Langbein.

Millionen Hausfrauen kochen **MAGGI-Suppen** weil sie wissen, daß sie gut und billig sind



Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine

Zweits Verhandlungen über den

Hausverkauf

des Grundstückes **Töpferstraße 9** bin ich am **Donnerstag**, den 12. d. Ms., von 10 bis 11 Uhr im **Hotel Palmbaum** anwesend. Ich bitte Reflektanten, sich mit mir in Verbindung zu setzen **Max Becker**, Prozeßagent

Gelegenheitskauf!

1 Posten moderne Küchenmöbel, von 98 M. an, einzelne Küchenschränke, v. 50 M. an, Schlafzimmerschlösser, alles neu, Kleidergehänge, Ankleidegehänge, frei Haus. **Risch, Möbel, Wittenberg**, Mittelstraße 31

Bergamentpapier Butterbrotpapier empfiehlt **Richard Arnold**

Eine Brücke



zum Leben der Zeit

Unsere heutige Zeit geht rasch und lebhaft durch den Tag. Abwechslung ist ein Bedürfnis des Geistes. Nach aufreibendem Tagewerk verlangt der Abend eine Entspannung, ein seelisches Ausruhen. **Welhagen & Klafings Monatshefte** bilden eine ebenso geistreiche wie unterhaltssame Lektüre. Dem Leser werden die freien Stunden zu einem Born der Erholung und Freude! Jedes Heft ist ein Spiegel der zeitgenössischen Literatur und unserer gegenwärtigen Kultur; es unterrichtet über Bewegungen und Fortschritte der Kunst, Technik, des Theaters, Films, Sports usw. Von bleibendem künstlerischem Wert ist der farbenfreudige Bilderdruck, der in der ganzen Welt berühmt geworden ist.

Monatlich ein Heft für nur **Rm. 2.10**

Der Verlag von **Welhagen & Klafing**, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Porto kostenlos ein Probeheft.

Volkswohl-Lotterie zu Gunsten der Winterhilfe

Los 1 RM. Ergötzlich bei

Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung

Morgen Donnerstag

von 1 1/2 Uhr ab

**Fastenbrezeln
Schaumbrezeln
Mohn- u. Kümmelbrezeln**
Bäckerei Herrmann

Morgen Donnerstag

von 1 Uhr an

Fasten-, Schaum-, Mohn- u. Kümmelbrezeln
Bäckerei Matthes

Frisch geschossene

Hasen

Wildkaninchen
sowie
Suppen- und Brathühner

ff. weiße Gänsefedern
Arthur Thamm, Bergwig

3 Zimmer-Wohnung

möglichst parterre oder 1. Etage. Angebote an die Geschäftsstelle d. Stg. erbeten.

Briefordner

Schnellhefter
empfiehlt **Richard Arnold**



Bund der Frontsoldaten
Mittwoch, den 11. Januar, abends 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum

Jahres-Hauptversammlung
Der Ortsgruppenführer

M.-T.-V.
Donnerstag, den 12. Januar, abends 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum

General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. An- und Abmeldungen
 2. Jahresbericht
 3. Kassenbericht
 4. Kostümfest
 5. Vorstandswahlen
 6. Auslosung von Anteilsscheinen
 7. Verschiedenes
- Vollzähliges Erscheinen der Turngeschwitzer erwünscht

Der Vorstand

Rotta

Voranzeige

Sonntag, 22. Januar

Preis mastenball
Fritz Jahn



Hopfenblüte

Sonnabend ab 4 Uhr
Sonntag von 2—6 Uhr

Groß-Preisschießen

Anschließend Preisverteilung.

Niemiger Hüfnerschaft

Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr bei C. Bachmann

Versammlung

Wozu alle Interessenten eingeladen werden.

Der Versenrichter, Rob. Höhne.

Sandwirtschaftl. Verein
Kemberg und Umgegend

feiert am **Sonnabend**, den 14. Januar, von abends 1/2 Uhr an im Hotel „Blauer Hekt“ sein

39. Stiftungsfest

bestehend aus **Konzert, Theater und Ball.**

Zur Aufführung gelangt: „**Der fidele Bauer**“, Operette in 3 Akten von F. Fall, gespielt von der Wiener Operettens-Bühne unter Mitwirkung hiesiger Damen und Herren.

Die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen werden hierzu herzlich eingeladen
Der Vorstand

Krieger- und Militär-Berein
Herig-Commo

Am Sonntag, den 15. Januar, findet im Klugeschen Gasthof in **Commo** das diesjährige

Winter-Bergnügen

bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**, statt. Zur Aufführung gelangt: „**D. Heimatsonne, Seimat-erde**“.

Freunde und Gönner des Vereines ladet hierzu freundlichst ein
Der Vorstand

Anfang 7 Uhr

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**

Für die vielen Beweise der Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Heimzuge unserer lieben Entschlafenen danken wir herzlich. Besonders Dank Herrn Pfarrer Herrig nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Rotta, den 11. Januar 1933

Die trauernde Familie Klages

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Musikreife Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streifen wird erachtet jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppeltaste Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Doppeltaste Reklamazeile 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Donnerstag, den 12. Januar 1933

35. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Freitag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr
kommen im Stadtfort **Doppin** zur Versteigerung:

- 219 m³ kiefernes Rollholz,
- 8 " " Scheitholz,
- 14 " Birke und Eiche.

Gemmelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin.
Kemberg, den 4. Januar 1933.

Der Magistrat.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die bis Ende Dezember 1932 fällig gewordenen Staats- und Gemeindesteuern nebst Verzugszinsen sind bis 16. d. Mts. an unsere Kämmereikasse zu entrichten.

Eine Verhängung von Mahngeldern findet nicht statt. Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage muß der rückständige Steuerbetrag sofort im Wege der Zwangs-vollstreckung eingezogen werden.
Kemberg, den 9. Januar 1933.

Der Magistrat.

Die Finanzen-Vorbelastung

Der Reichsfinanzminister vor dem Haushaltsauschuss

Berlin, 11. Januar.

Graf Schwerin von Krosigk gab im Haushaltsauschuss des Reichstages einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches, der keineswegs einen günstigen Ausblick für das kommende Jahr bedeutete.

Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 160 Millionen RM abgeschlossen. In den Haushaltsjahr 1931 waren 420 Millionen RM zur Veranschlagung dieses Fehlbetrages eingestellt worden. Das Rechnungsjahr 1932 hat mit einem Gesamtbetrag von 1690 Millionen RM abgeschlossen.

Diese legen sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen RM, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1190 Millionen RM im Jahre 1931 420 Millionen RM getilgt worden waren. In dem Fehlbetrag des Jahres 1930 treten 1931 hinzu der Fehlbetrag des Extraordinariums in Höhe von 470 Millionen RM und der des Ordinariums in Höhe von 450 Millionen RM.

Der Minister ging dann auf das Etatsjahr 1932 ein. Im ganzen gesehen, wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen RM bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Wir werden zu rechnen haben für das Reich mit 400 Millionen RM Steuerausfall, 50 Millionen RM Ausfall bei den Verzugszinsen der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen RM, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen RM entsteht.

Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen RM vorgelesen. Wir kommen also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen RM herunter.

Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen RM, so daß wir insgesamt am Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen RM haben werden.

In den Jahren 1933 bis 1937 wird das Reich durch die Einleitungsverpflichtung für Schatzanweisungen mit jährlich 125 bis 200 Millionen RM belastet. In den Jahren 1933 bis 1935 müssen die aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm kommenden Verpflichtungen von insgesamt 340 Millionen RM getilgt werden, was eine jährliche Last von rund 145 Millionen RM ergibt.

Der Minister erklärte schließlich, daß der Etat für 1933 auch jetzt noch nicht völlig zu übersehen sei, weil noch kein Ueberblick über die Steuererträge vorliegt. In diesen Gründen bezeichnete er es als nötig, die Aufstellung des Etats möglichst nahe an den Termin der Verabschiedung des Etats heranzuleiten.

Politische Gespräche

Empfang von Papen durch den Reichsanzler.

Berlin, 10. Januar.

Der Reichsanzler empfing Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler am 4. Januar und die daran geknüpften irtüchlichen Pressekommentare. Die Ansprache ergab die völlige Falschheit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegenständlichkeiten zwischen dem Reichsanzler und Herrn von Papen.

Am Zusammenhange mit dieser Bepredema wird in

politischen Kreisen behauptet, daß Herr von Papen auch eine Bepredema mit dem Reichspräsidenten haben würde. In der Wilhelmstraße ist von einer offiziellen Annäherung des Herrn von Papen zum Reichspräsidenten nichts bekannt. Das Bericht, daß der Reichsanzler den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in einigen Tagen zu einer Bepredema empfangen werde, wird in der Wilhelmstraße mindestens als verfrüht bezeichnet. Eine Annäherung Hitlers zum Reichsanzler liege, so wird erklärt, nicht vor, und der Reichsanzler habe bis zur Stunde den Wunsch nach einer Unterredung mit Hitler auch nicht ausgesprochen.

Wie der „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet, war Herr von Papen am Sonnabend in Dortmund. Am Bahnhof sei er von Dr. Springorum empfangen worden, in dessen Begleitung er sich in die Wohnung des Generaldirektors Dr. Biegel begeben habe. Dort habe zwischen Reichsanzler a. D. von Papen und den beiden Industriellen eine eingehende Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage und die innenpolitische Situation stattgefunden; von Papen habe auch über die Kölner Unterredung mit Hitler gesprochen. Am Schluß der Unterredung sei Papen gebeten worden, die Wünsche der deutschen Industrie bei seiner Berichterstattung dem Reichsanzler vorzutragen.

Finanzierung des Sofortprogrammes

Gerete vor dem Sozialausschuss.

Berlin, 11. Januar.

Der Reichsminister für die Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete erklärte im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, daß die Finanzierung der zunächst vorgesehenen 500 Millionen gesichert sei. Auf Grund der Richtlinien seien schon jetzt mehr Anforderungen bei ihm eingegangen, als überhaupt aus dem Sofortprogramm befriedigt werden könnten.

Es stehe noch nicht fest, ob die Einstellungsprämie aufrechterhalten werden könne, wenn eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch öffentliche Aufträge erfolgt sei. Man habe aber darüber noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt.

Für einen Teil der Gemeinden seien nach seiner Auffassung auch die erleichterten Bedingungen der Durchführungsbestimmungen unannehmbar, doch sei für solche Fälle ein besonderes Aufnahmeverfahren vorgesehen, bei dem die Regierung noch letzte Bedingungen festlegen könne.

Diese Sondermaßnahmen seien aber nur dann möglich, wenn die Lage einer Einzelgemeinde wirklich hoffnungslos sei, was betone er ausdrücklich, damit nicht bei manchen Gemeinden eine laie Auffassung entstehe. Als untere Grenze für die Kredite habe die Rentenbankkreditanstalt den Betrag von 5000 Mark festgelegt. Das sei aber nur die Regel; es sei damit nicht ausgeschlossen, daß die Rentenbankkreditanstalt in Ausnahmefällen auch kleinere Summen als Darlehen gewähre.

Bracht über Ostpreußen

Die Grenzhebung des Berliner Vertrages ein unhaltbares



von den diesen Maßnahmen erfaßt worden ist. Darüber hinaus erforderte die Lage der ostpreussischen Landwirtschaft außerordentliche Hilfsmaßnahmen. Außer den Maßnahmen, die inzwischen zur Rettung der gelamten Landwirtschaft des Ostens notwendig geworden sind, ist die

preußen durch beider Dinge- und Saatkaffreite, durch steuerliche Entlastung und Frachterleichterung geholfen worden.

Die Ausstellung zeigt, wie groß die Not Ostpreußen trotz aller Maßnahmen ist. Mir liegt aber daran, hier festzustellen und im ganzen Reich des Verständnis dafür zu machen, daß die Lage Ostpreußens durch die Grenzhebung des Berliner Vertrages unerträglich ist, und daß alle diese Maßnahmen nur der Ueberbrückung eines unheilbaren Zustandes dienen, niemals aber eine endgültige Lösung bedeuten.

„Ostpreußen zum Segen“

Der Reichspräsident auf der Ostpreußen-Ausstellung.

Berlin, 11. Januar.

Die vom Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen in Berlin veranstaltete Ausstellung „Ostpreußen, was es leidet, was es leidet“ wurde vom Reichspräsidenten am 9. d. M. in der Burg besucht, der nahezu eine Stunde in den Ausstellungsräumen verweilte. Ueberreicht wurde Hofmann und die anderen Herren vom Vorstand des Reichsverbandes sowie der Landesbauinspizor der Provinz Ostpreußen, Dr. Blunt, begrüßten den Reichspräsidenten und übernahmen die Führung durch die Ausstellung.

Der Reichspräsident befragte die Ausstellung mit dem größten Interesse und äußerte sich sehr anerkennend und befriedigt über die Ausstellung. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß sie ihre Aufgaben voll erfüllen und der Provinz Ostpreußen zum Segen gereichen werde.

Seid einig und treu!

Aufruf der Rheinländer zum zehnjährigen Gedenktage des Freiheitskampfes am Rhein und Ruhr.

Berlin, 9. Januar.

Zehn Jahre sind am zehnten Januar verflohen, seitdem Frankreich unter Reichs- und Friedensbruch in das Ruhrgebiet einfiel. In einmütiger Bestätigung erhob sich das ganze deutsche Volk, um, entworfen durch das Verbot der Diktat, im passiven Widerstand den gewalttätigen Anschlag auf die Reichseinheit abzuwehren. An Rhein und Ruhr verloren Tausende Heimat und Freiheit, opfereten hunderte Gesundheit und Leben. Unter der Faust des „Siegers“ kämpften die Partisanen und Konfessionsgenossen. Alle Stämme, von der Pfalz bis in die Eifel und ins Ruhrgebiet, vom Main und von der Taube bis zur Elbe und Mosel, von Regensburg bis zu den Salden und Säben der Ruhr standen in lädenloser Front zusammen gegen den verbrecherischen Landesverrat der Separatisten, der von den Bajonetten und Säbeln der stärksten Militärmacht der Welt gedeckt wurde.

Der Rhein ist der heilige Strom des deutschen Landes, die Ruhr das Zentrum deutscher Wirtschaftskraft geblieben. Die Felder sind rheinischer und westfälischer Standhaftigkeit wurde lebendes Vorbild für alle Geschlechter nach den Worten am Kaiserdenkmal zwischen Rhein und Rhein am deutschen Eid:

Nimmer wird das Reich zertrütert,
Wenn Ihr einig seid und treu!

In Treue und Einigkeit wird das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Dankeschuld abtragen müssen für Leiden und Handeln seiner rheinischen Brüder und Schwelmer während der Besatzungszeit, auf daß die Verfallene Schmach getilgt wird, die uns die Saar und Eupen-Malmedy entriß, die zwischen der Schweiz und Holland den deutschen Rhein durch Entmilitarisierung entzerrt und keine völlige Schutzlosigkeit zur Hemmung unserer Innem- und Außenpolitik macht.

Deutscher Rhein E. B. gez.: Dr. Jarres,
Reichsverband der Rheinländer, Staatssekretär
Doenhoff.

Graf Kaldreuth an Schleicher

Die Stellung des Reichslandbundes zum Reichsamt. Der Präsident des Reichslandbundes sprach auf einer großen Kundgebung der ostbrandenburgischen Kreislandtage über die Stellung des Landbundes zur Reichsregierung.

Die Einstellung des Landbundes zum Kabinett Schleicher werde sich, so sagte er, mit der Entscheidung über die Handelsverträge mit Holland, Schweden, Frankreich und Jugoslawien ergeben. Wenn es gelingen sollte, die landwirtschaftlichen Interessen, die Freiherr von Braun im Kabinett vertritt, gegenüber dem Reichswirtschaftsminister Professor Barkhoff durchzusetzen, werde auch die Landwirtschaft zu Wort kommen, daß die weiteren Entscheidungen der Regierung zu wirtschaftlichem Gewinn im Sinne eines warmen heimatspolitischen Fühlens wären.

Die Lage der ostpreussischen Landwirtschaft

Berlin, 10. Januar.

In der vom Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Woche legte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, dar, daß in dem Wirtschaftsjahr 1931-32 nur 20 Prozent der ostpreu-